

MEHR EINSATZ FÜR DEN KLIMASCHUTZ FORDERN VON DER NEUEN BUNDESREGIERUNG STADTWERKE UND VERSORGER IN BAYERN, GEMEINSAM MIT DEM BUND NATURSCHUTZ

Fünf kommunale Stadtwerke und ein Versorger in Bayern, die Stadtwerk Haßfurt GmbH, die Stadtwerke Neuburg an der Donau, die N-ERGIE Aktiengesellschaft in Nürnberg, die Stadtwerke Rosenheim, die SWW Wunsiedel GmbH und die Überlandzentrale Lülsfeld eG fordern gemeinsam mit dem BUND Naturschutz in Bayern e.V., Klimaschutz auch durch eine dezentrale Energiewende in Deutschland.

Mit einem 4-Punkte-Aktionsplan konkretisieren sie die im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU/SPD vage formulierten Ziele. Die Energiezukunft für Deutschland muss mit regionalen und dezentralen Konzepten geplant werden. Klimaschutz benötigt klar ambitionierte und klar definierte Ziele für die Reduktion der Treibhausgase in den Sektoren Strom, Wärme, Verkehr und Landwirtschaft. Klare politische Zielsetzungen müssen dabei von wirksamen Bepreisungen der Kohlendioxid-Emissionen begleitet und gesteuert werden. Maßnahmen zum Klimaschutz müssen in einer volkswirtschaftlichen Optimierung in die Energiepolitik Deutschlands integriert werden.

„Die Große Koalition muss den Pariser Klimavertrag zur verbindlichen Richtschnur der deutschen Energiepolitik festlegen. Eine halbherzige Politik, die an der Stromerzeugung mit Kohle festhält und in den Sektoren Wärme und Verkehr die Potentiale nicht nutzen will, führt zum Versagen beim Klimaschutz. Wir fordern von der neuen Bundesregierung für den Klimaschutz und für eine dezentrale Energiewende aktiv zu werden“, erklären gemeinsam **Josef Hasler, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE Aktiengesellschaft** und **Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern e.V.** für die neue Allianz zwischen Stadtwerken und BUND Naturschutz.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 15. Februar 2018

PM 016-18/LFG

Energie

Eine möglichst dezentrale und verbrauchsnahe Energieversorgung mit Strom hätte deutliche Vorteile: Die regionale Wertschöpfung wird gestärkt, der Übertragungs-Netzausbaubedarf würde reduziert, Energie-Verluste würden minimiert und die Versorgungssicherheit würde durch ein robusteres System gestärkt. Ein dezentrales Energiesystem könnte effizienter und kostengünstiger sein. Durch eine dezentrale Energieversorgung wird auch die Möglichkeit der Beteiligung, Teilhabe und Mitwirkung der Bevölkerung vor Ort, insbesondere durch Kommunen und ihre Stadtwerke sowie Bürgerbeteiligungen gestärkt.

Die Große Koalition darf sich in der neuen Bundesregierung nicht von einer Umsetzung effektiver Maßnahmen für den Klimaschutz verabschieden. Die neue Bundesregierung muss den Klimaschutz zum Teil Ihrer Energiepolitik machen um die Ziele der Klimakonferenz 2015 von Paris umzusetzen. Deutschland hat dies völkerrechtlich bindend zugesagt.

Den Klimawandel auf einen globalen mittleren Temperaturanstieg unter 2 Grad gegenüber Vorindustrialisierung zu begrenzen – das war das Ziel der Klimakonferenz von Paris 2015. Der Beitrag Deutschlands wäre mit einer ambitionierten Umsetzung der EU Ziele von 2009 zu erreichen gewesen – also die Treibhausgas- und Kohlendioxid-Emissionen von 1990 bis 2050 um 80 – 95 % zu reduzieren. Die Große Koalition muss an ihrem eigenen Zwischenziel – die Treibhausgas-Reduktion um 40 Prozent bis 2020 – festhalten und darf dies nicht verschieben.

Anlage:

4 Forderungen an die neue Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzvertrages von Paris 2015.

Für Rückfragen:

Dr. Herbert Barthel,
Referat Energie und Klimaschutz
mobil: 0151-5048 9963

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 15. Februar 2018
PM 016-18/LFG
Energie